

Killer-Vorwürfe

Die fundamentalistischen Varianten des Islams sehen sich, beileibe nicht nur von außen, durch eine zunehmend kritische Sichtweise herausgefordert. Diese Kritik wird von den Feuilletons deutscher Zeitungen neuerdings selbst als „Fundamentalismus“, und zwar als „Fundamentalismus der Aufklärung“ abqualifiziert, die Kritiker (es sind zumeist Autorinnen wie Ayaan Hirsi Ali und Necla Kelek oder eine Frauen-Verteidigerin wie Seyran Ateş) als „Rassisten“ oder gar „Faschisten“ beschimpft: Aus Respekt vor der anderen Kultur habe das Beharren auf den universalen Menschenrechten zu schweigen. Diese Redeweise ist die Selbstdemontage der Würde des Menschen.

Von Ralph Ghadban

Nach der Detonation der ersten Bomben von al-Qaida vor zehn Jahren in Saudi-Arabien erkannten die Machtinhaber sofort die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Ideologie des Islamismus. Mit Sicherheitsmaßnahmen allein hatte der Staat kaum eine Chance, des Terrorismus Herr zu werden. Es ging nicht nur darum, die Terroristen zu fassen, sondern auch darum, den Nachschub an neue Generationen zu unterbinden, um den Terror im Keim zu ersticken.

Saudi-Arabien ist der Hauptunterstützer des Islamismus weltweit. Die tragende Ideologie des Staates bildet der Wahhabismus, der als Erster schon am Ende des 18. Jh. das Eindringen der westlichen Moderne in die islamische Welt bekämpfte. Er verurteilte die muslimischen Anhänger der Moderne als Apostaten und erklärte ihnen den heiligen Krieg. Dabei waren die Grenzen zwischen dem Dschihad und kriminellm Terrorismus fließend, und solange die Gewalt gegen andere, insbesondere gegen den Westen, gerichtet war, hatten die Herrscher am Golf keinen Gewissenskonflikt.

Selbst das nachdrückliche Verlangen des Westens nach dem 11. September, ihre Unterstützung der Dschihadisten einzustellen, konnten sie erfolgreich mit dem Argument abwehren, dass der Terrorismus nichts mit dem Islam zu tun habe und in allen anderen Kulturen ebenso zu finden sei. Die Terrorakte im eigenen Land zerstörten schließlich diese Unbetroffenheit. Religion und Religionskritik rückten in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Konferenzen wurden organisiert wie 2003 in Mekka unter dem Titel „Mäßigung gegen Extremismus“. Es sei, wurde argumentiert, zwischen einem radikalen und einem gemäßigten Islam zu unterscheiden. Ersterer müsse bekämpft und Letzterer gefördert werden.

Man begann mit der Reform der Schulprogramme, erkannte die Notwendigkeit der Kontrolle der islamischen Gutachten (der Fatwas) und der Freitagspredigt sowie der Zügelung der Fernsehmuftis. Eine schwierige Aufgabe ohne eine mit Kirchenautorität ausgestattete Institu-

tion. Die Öffentlichkeit wurde mobilisiert, und die öffentlichen Debatten verliehen der Zivilgesellschaft eine immer größer werdende Bedeutung, wie die folgenden Beispiele der letzten Zeit aus Saudi-Arabien zeigen.

Der saudische Scheich Abdul Rahman al-Barrak erließ im März 2010 eine Fatwa, mit der die Tötung derjenigen gerechtfertigt wurde, die die Geschlechtermischung am Arbeitsplatz oder beim Gebet fördern, weil sie durch ihr Verhalten vom Islam abgefallen seien. Die ablehnenden Reaktionen in den Medien waren heftig, und der oberste Muftirat des Königreichs schwieg im Gegensatz zu früher, als er diese Haltung immer verteidigte. Später, im Mai 2010, hat ausgerechnet der Chef der Religionspolizei im Bezirk von Mekka, Scheich Ahmad ben Qasem al-Ghamidi, eine Fatwa erlassen, in der er zum ersten Mal in Saudi-Arabien die Geschlechtermischung rechtfertigte. Erstaunlicherweise erwiesen sich Spekulationen über seine Entlassung später als falsch.

Das saudische Ministerium für religiöse Angelegenheiten ist dabei, 20000 Prediger auszubilden, die den ideologischen Kampf gegen den radikalen Islam aufnehmen und den gemäßigten Islam als den wahren Islam verbreiten sollen. Schließlich wurde Ende Juni 2010 ein Gesetz vor dem saudischen Beratungsparlament – ähnlich unserem Parlament, aber ohne Gesetzgebungskompetenz – zur Reglementierung der Fatwa-Tätigkeit eingebracht, und am 13. April 2010 hat der oberste Gelehrtenrat eine Fatwa erlassen, in der er die Finanzierung des Terrors verbietet und unter Strafe stellt. Der Rat übt nicht nur in Saudi-Arabien, sondern weltweit einen großen Einfluss aus.

Ähnliche Beispiele finden wir überall in der islamischen Welt. Sie zeigen, dass bedeutende Teile der Muslime den Konflikt hauptsächlich auf der Ebene der Religion ansiedeln, genau wie die liberalen Islam-

„Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre“ (Buchtitel, Serap Cileli)



Aus dem Film *Die Fremde* von Feo Aldag, Majestic Filmverleih

VIELE MUSLIME KÄMPFEN
GEGEN DEN TERROR,
FÜR MENSCHENRECHTE
UND EINEN
MODERATEN ISLAM.



*Faschistinnen der Aufklärung?
Seyran Ateş ...*

reformer vor ihnen. Anders als die Islamreformer vermeiden sie jedoch die Auseinandersetzung mit den überlieferten Grundlagen ihrer Religion, Sie begnügen sich damit, gegen ein radikales Islamverständnis, das sie in den letzten vierzig Jahren unterstützt oder mindestens toleriert haben, den Kampf zu führen zugunsten eines moderaten Islams, der den Terror ächtet und die friedliche Koexistenz der Völker respektiert.

Während die Religionskritik in den islamischen Ländern immer lauter wird, starteten ab Januar 2010 Feuilletonisten der großen deutschen Zeitungen eine Generaloffensive gegen die Islamkritik. Das Ausmaß, die Heftigkeit und die Irrationalität dieses Angriffs gegen diejenigen, die die humanistischen Grundwerte verteidigen, sind schockierend. Noch schwerer wiegt die Tatsache, dass die Angegriffenen hauptsächlich Musliminnen sind: Necla Kelek, Seyran Ateş und Ayaan Hirsi Ali – Frauen, die nicht nur aus leidvoller Erfahrung, sondern auch von ihrem beruflichen und wissenschaftlichen Kontext her mehr wissen über das, wovon sie reden, als ihre Widersacher, die kaum jemals Islamexperten sind.

Man beginnt damit, die Islamkritiker als „legitime Erben der Aufklärung“ in Zweifel zu ziehen, und unterstellt ihnen einen „Fundamentalismus des Geistes“ (Assheuer, *Die Zeit*), dann werden sie als „heilige Krieger“ abgestempelt, die „von der Religion kategorisch Selbstaufklärung fordern“ (Claudius Seidl, *FAZ*). Mit Thomas Steinfeld (*SZ*) wird der Ton noch schärfer: Es handle sich um „Hassprediger“, deren aufklärerischer Fundamentalismus kaum vom islamischen Fundamentalismus zu unterscheiden sei. Wolfgang Benz vergleicht die Islamkritiker lieber mit den Antisemiten (*SZ*). Birgit Rommelspacher rückt sie in die Nähe der Rechtsradikalen (*taz*), und weil es um Frauen geht, verpasst sie ihnen einen Extra-Fußtritt: „kolonialer Feminismus“. Carolin Emcke beschimpft sie als „liberale Rassisten“ (*Die Zeit*), sie würden den „Fremdenhass“ predigen, und Stefan Weidner kombiniert alle diese Elemente in einem neuen Konzept als „Faschismus der Aufklärung“ (*SZ*).

Auffallend ist das Ausmaß an Hass und Aufgeregtheit. Nirgends ist eine sachliche Kritik ersichtlich, die den Namen einer öffentlichen Debatte verdiente. Dass die meisten der genannten Feuilletonisten wenig vom Islam verstehen, rechtfertigt in keiner Weise ihre Unterstellungen und Manipulationen. Die Positionen der meisten Islamkritiker werden karikiert, pauschalisiert und falsch wiedergegeben. Es ist offensichtlich keine Debatte beabsichtigt, sondern, wie Regina Mönch in der *FAZ* schreibt, den Islamkritikern einen „Maulkorb“ zu verpassen.

Erschreckend ist vor allem der Versuch der Feuilletonisten, die Grundwerte der eigenen Gesellschaft zu demontieren. Um den Einsatz der Islamkritiker zugunsten der universellen Werte der Aufklärung zu diskreditieren, wird die Aufklärung in die Schranken gewiesen, und ihre Werte werden relativiert. So stellt Andrian Kreye in der *SZ* fest, dass die Wertedebatte falsch sei, weil der Westen seinen „Wertekanon von Frei-

heit, Gleichheit, Demokratie und Menschenrechten“ als erstrebenswert für die gesamte Menschheit betrachte. Das sei ein Trugschluss, denn „Freiheit und Demokratie sind keineswegs Lebensformen, die in der islamischen Welt als höchste Stufe der menschlichen Entwicklung angesehen werden. Die Trennung von Kirche und Staat ist nicht vorgesehen.“ In dieser Patt-Situation solle man nicht provozieren, sonst „wird aus der Schimäre des Kampfs der Kulturen doch Realität“.

Kreyes Kollege Steinfeld (SZ) meint, wer die „Grundbegriffe der Demokratie“ wie „Glaubensartikel“ betrachte, handle wie ihre Gegner. Und weil das so ist, gibt er uns den Rat: „Deswegen tut es den ‚demokratischen Grundwerten‘ gar nicht gut, wenn man sich mit ihnen ‚identifizieren‘ soll. Nein, falls sie überhaupt je funktionieren, dann als alltägliche Praxis, als gelebte Ordnung.“ Es ist dann selbstverständlich in dieser Logik der Konfliktvermeidung, den Islam zu akzeptieren, wie er ist, und ihn nicht mit unserem Wertekanon zu belästigen. Dazu Seidl in der FAZ: „Schwerer wiegt schon die Forderung, der Islam solle sich gefälligst endlich selbst aufklären; solle seinen Anspruch auf die Scharia und das Supremat über den Staat aufgeben und die universalen Menschen- und Freiheitsrechte anerkennen.“

Für Steinfeld stellen diese Forderungen an die Muslime im Westen eine unerträgliche „Zwangsmo­d­ernisierung“ dar. Anstatt auf Konfrontation müsse man auf Toleranz setzen, von der Steinfeld einen kuriosen Aspekt enthüllt: „Wer auf Toleranz beharrt, für den kann die Toleranz nicht aufhören, wenn ein anderer nicht tolerant sein will.“ Josef Joffe widerspricht in der *Zeit*: „Genauso gut könnte man fordern: ‚Gerechtigkeit für das Unrecht‘, ‚Freiheit für die Unfreiheit‘, ‚Mitleid für die Mitleidlosen‘. Das hat Locke nicht gemeint, als er in *A Letter Concerning Toleration* (1689) die höchste Errungenschaft des Westens vorzeichnete: Das Bürgerrecht dürfe nicht vom ‚richtigen‘ Glauben abhängen. Diese Trennung hat die islamische Welt noch nicht vollzogen.“

Die Wertedemontage erreicht schließlich ihren Höhepunkt mit Birgit Rommelspacher (*taz*), die die Aufklärung geradezu kriminalisiert. Sie schreibt: „Deshalb setzen die Säkularisten auch vor allem auf die emanzipatorische Kraft von Aufklärung und Moderne. Allerdings müssten informierte und kritische Menschen heute wissen, dass die Aufklärung nicht nur den Ausgang ‚des‘ Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit beschert hat, sondern auch die Entmündigung von Frauen, Sklaven und Besitzlosen. Sie hat diese Machtverhältnisse fortgeführt, teilweise verschärft und vor allem neu legitimiert.“

Hierzu merkt Josef Joffe kritisch an: „Es geht darum, ob die westliche Gesellschaft im Verhandlungsprozess mit dem Islam zur Disposition stellen soll, was ihren Kern ausmacht – oder härter: was diese Gesellschaft sich in einem Meer von Blut und Tränen erkämpft hat. Torquemada war ein Fundamentalist, Kant war es nicht – dazwischen steht ein gewaltiger sittlicher Fortschritt.“



... Ayaan Hirsi Ali

DIE MENSCHENWÜRDE
GILT UNEINGESCHRÄNKT,
DIE FREIHEIT NICHT.

Warum manche Feuilletonisten diese unglaubliche Selbstdemontage veranstalten, ist meines Erachtens auf zwei Gründe zurückzuführen: ihr Verständnis der Menschenrechte und die Ideologie des Multikulturalismus.

Necla Kelek schreibt (*FAZ*): „Es geht mir bei den zu verteidigenden Werten auch um die Würde, die jeder Mensch hat.“ Keiner ihrer Widersacher benutzt diesen Begriff; von lediglich zwei Feuilletonisten wird er jeweils kurz zitiert, um gleich danach vernichtet zu werden. Anders steht es mit den Begriffen Freiheit und Religionsfreiheit, die zuhauf vorkommen. Dieses Missverhältnis verdeutlicht zwei verschiedene Gewichtungen der Menschenrechte im Westen. Für die einen kommt die Freiheit zuerst, das sind die Briten und die US-Amerikaner, wobei bei den Letzteren die Religionsfreiheit an erster Stelle kommt. Die Verfassung der USA (1787) hat bewusst auf die Menschenrechte verzichtet. Sie wurden später eingeführt, gleich als Erstes das Recht auf Religionsfreiheit mit dem Ersten Verfassungszusatz von 1791. Die Bürgerrechte folgten erst 1868 mit dem 14. Amendment. Nirgends ist der Begriff Menschenwürde erwähnt. Ähnlich bei den Briten, die nicht nur den Begriff der Menschenwürde ignorieren, sondern ihn sogar für gefährlich halten, weil er die Freiheit einschränken kann.

Für die anderen, also die Kontinentaleuropäer und den Rest der Welt, kommt die Menschenwürde zuerst. In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen (1945) bekräftigen diese den „Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau“. In der Europäischen Verfassung (2004) steht in Artikel I: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte“. Und Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes (1949) proklamiert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Die Freiheit kommt in Artikel 2.2 vor, wo es heißt: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.“


Die Menschenwürde ist also uneingeschränkt und wird durch die Menschenrechte wie Freiheit und Gleichheit realisiert. Die Freiheit dagegen ist eingeschränkt, selbst bei den Angloamerikanern, die auf deren Primat pochen. Das gilt auch für die Religionsfreiheit. Vieles, was Bestandteil der islamischen Scharia ist, wie z.B. die Polygamie, wird im Westen überall strafrechtlich verfolgt. Am Beispiel des Kopftuchs wird der Unterschied zwischen beiden Auffassungen deutlich. Der Islam betrachtet den Körper der Frau, außer Händen, Füßen und Gesicht, als Sexualobjekt und schreibt seine Verhüllung als religiöse Pflicht vor. Die Islamkritiker sehen in der Reduzierung der Frau auf ihre Sexualität eine Verletzung der Menschenwürde, die anderen dagegen einen Ausdruck von Religionsfreiheit.

Das Dilemma der Fürsprecher des Freiheitsprimats liegt darin, dass sie sich für etwas einsetzen, das sie nicht verwirklichen können. Die Freiheit

ist eben nicht uneingeschränkt, in allen Verfassungen dieser Welt ist sie mit Gesetzesvorbehalt versehen. Eine Lösung für das Dilemma bietet scheinbar der Multikulturalismus an, indem er die Kultur einschließlich der Religion zum Grundwert erhebt. Die Anerkennung der verschiedenen kulturellen Identitäten sei ein Grundrecht, und eine wahre Anerkennung der Unterschiede bedeute die Anerkennung der Gleichwertigkeit verschiedener Existenzweisen und die Aufforderung an die Politik, die Gleichwertigkeit verschiedener Identitäten anzuerkennen, lehrt uns Charles Taylor, der Philosoph dieser Ideologie. Damit aber lösen sich die universalen Werte der Aufklärung auf und es herrscht der reine Wertelativismus. Deshalb ist es sinnlos, eine Reform des Islam einzufordern.

DIE FEUILLETONISTEN
VERWANDELN SICH
IN UNKRITISCHE
BESCHÜTZER DER RELIGION.

Die Feuilletonisten, als angebliche kritische Verteidiger der Aufklärung, die, zur Erinnerung, ihren Ursprung in der Religionskritik hatte, verwandeln sich in unkritische Beschützer der Religion. Sie landen im Lager Saudi-Arabiens, das in den letzten Jahren versucht, die Charta der Vereinten Nationen zu ändern, indem sie den Schutz der Religion aufnimmt. Das würde das Ende der Menschenrechte bedeuten.

Einen Erfolg hat Saudi-Arabien schon erzielt. Gemeinsam mit weiteren 16 islamischen Staaten, die ein Drittel der Mitglieder des UN-Menschenrechtsrates stellen, wurde 2006 in der Resolution zum Mandat des Berichterstatters des Rates eine Klausel verabschiedet, die ihn verpflichtet, über Fälle zu berichten, „in denen der Missbrauch der Meinungsfreiheit den Tatbestand der rassistischen oder religiösen Diskriminierung erfüllt“. Udo Wolter (*Jungle World*) bemerkt dazu, dass hier „die Religionskritik mit Rassismus gleichgesetzt wird“. Im Rat wird außerdem jede Kritik an der Scharia durch die Schariastaaten abgeschmettert; dort heißt es nicht mehr, wie Wolter sagt, die Würde des Menschen, sondern die Würde des Islam ist unantastbar. 

UN-Menschenrechtsrat: Hier zählt nicht die Würde des Menschen, sondern die der Religion.

